

An die Straßenverkehrsbehörde des/der

Eingangsstempel / Vermerke

Antrag auf Anordnung verkehrsregelnder Maßnahmen für Arbeiten im Straßenraum nach § 45 Straßenverkehrs-Ordnung (StVO)

Ich/Wir beantragen

gemäß Regelplan Nr.
 unter Vorlage eines Verkehrszeichenplanes ¹⁾

den Erlass einer verkehrsrechtlichen Anordnung zur
Durchführung nachstehend bezeichneter Maßnahmen

Landratsamt Freising

Antragsteller	Name, Vorname, Unternehmen		
	Telefon mit Vorwahl	Telefax mit Vorwahl	E-Mail
	Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)		
	Verantwortlicher Bauleiter für die Baustelle (Name, Vorname)		Telefon mit Vorwahl
	Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)		
	Verantwortlicher Ansprechpartner vor Ort (Name, Vorname)		Telefon mit Vorwahl
	Beauftragter für Störungsbeseitigung, Kontrolle, Korrektur der Verkehrssicherung, Bedienung von Signalanlagen, auch nachts Name, Vorname		Telefon mit Vorwahl
	Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)		
Straßenbezeichnung	Die Bundes-, Staats-, Kreis- oder Gemeindestraße (Nr. oder Name)		
Ort der Sperrung	bei / von – bis km, bei / von – bis Hausnummer	in	
Dauer	wird vom	bis zur Beendigung der Bauarbeiten, längstens bis	
Auftraggeber	Name / Firma		
	Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)		Telefon mit Vorwahl
Umfang der Beeinträchtigungen	für den <input type="checkbox"/> Fußgängerverkehr <input type="checkbox"/> Radfahverkehr <input type="checkbox"/> Verkehr auf der Fahrbahn <input type="checkbox"/> unter Einbeziehung des Seiten-/Grünstreifens <input type="checkbox"/> teilweise gesperrt <input type="checkbox"/> voll gesperrt		
benutzbar bleibende Verkehrsflächen	Die vorgeschriebenen Restbreiten für Gehwege (1 m) und/oder Fahrbahnen (2,75 m innerorts, 3 m außerorts bei halbseitiger Sperrung, 5,50 m bei Vorbeileitung des Verkehrs) <input type="checkbox"/> werden eingehalten. <input type="checkbox"/> können nicht eingehalten werden.		

Haltverbote	<input type="checkbox"/> nicht erforderlich <input type="checkbox"/> erforderlich auf folgenden Streckenabschnitten: von: _____ bis: _____ (ggf. Beiblatt verwenden)
Grund der Sperrung	Bezeichnung der auszuführenden Maßnahme:
Anliegerverkehr (bei Vollsperrungen)	Anliegerverkehr wird zugelassen bis
Umleitungsmaßnahmen	Folgende Strecke wird für die Vollsperrung als Umleitungsstrecke vorgeschlagen (Beschilderungsplan ist als Vorschlag beigefügt):
Gestattung, Nutzungsvertrag, Sondernutzungs- erlaubnis des Straßen- baulastträgers	Eine Gestattung/Sondernutzungserlaubnis des Straßenbaulastträgers <input type="checkbox"/> liegt vor <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich <input type="checkbox"/> wird noch beantragt und nachgereicht <input type="checkbox"/> ist wegen der dort getroffenen Anordnungen beigefügt
Zur weiteren Vorbereitung bitten wir um einen	<input type="checkbox"/> Ortstermin <input type="checkbox"/> Gesprächstermin
Raum für – weitere Mitteilungen (liegen z. B. Fußgänger- überwege oder Halte- stellen im Baustellen- bereich) – Handskizzen	

Es wird hiermit versichert, dass der Antragsteller die Verantwortung für die ordnungsgemäße Aufstellung der Verkehrszeichen und deren Beleuchtung sowie die Aufstellung und Bedienung einer erforderlichen Signalanlage übernimmt und die dafür entstehenden Kosten trägt. Ereignen sich Verkehrsunfälle, die durch diese Maßnahmen bedingt sind und mit ihnen im ursächlichen Zusammenhang stehen, so wird die Haftpflicht gegenüber dem jeweiligen Träger der Straßenbaulast in vollem Umfang übernommen.

- | | |
|--|--|
| 1) Der Plan soll enthalten:
a) den Straßenabschnitt
b) die im Zuge des Abschnitts bereits stehenden Verkehrsschilder, Verkehrseinrichtungen und Anlagen
c) die Art und das Ausmaß der Arbeitsstelle | d) die für die Kennzeichnung der Arbeitsstelle und für die Verkehrsführung notwendigen Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen
e) Angaben darüber, welche beschilderung nach Arbeitsschluss, an Sonn- und Feiertagen und bei Nacht vorgesehen ist (bei automatisch arbeitenden Lichtzeichenanlagen auch den Phasenablauf) |
|--|--|

Ort, Datum

Unterschrift und Stempel des Antragstellers



Landratsamt Freising



- Straßenverkehrsbehörde -

Beiblatt zum Antrag

Einwilligungserklärung zur Erhebung personenbezogener Daten gemäß der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) vom 27.04.2016

Name, Unternehmen	Vorname	Anschrift
Verantwortlicher Ansprechpartner	E-Mail	Geburtsdatum

- Mir wurde das Informationsblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten (Art. 12 und 13 DSGVO) ausgehändigt und habe davon Kenntnis genommen.
- In die Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten zum Zweck der Antragsbearbeitung willige ich ein.

Hinweise zum Datenschutz nach Art.13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Verantwortlich für die Verarbeitung dieser Daten ist das Landratsamt Freising – Führerscheinstelle – Landshuter Straße 31, 85356 Freising, poststelle@kreis-fs.de. Die Daten werden erhoben, um den Antrag zu bearbeiten. Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist die Fahrerlaubnisverordnung und das Straßenverkehrsgesetz bzw. das Fahrlehrergesetz in Verbindung mit Art. 6 Abs. 1 Buchst. a, c, e und Art. 9 Abs. 2 Buchst. a, b der Datenschutz-Grundverordnung. Weitere Informationen über die Verarbeitung und Speicherung Ihrer Daten finden sie in den beigelegten Blättern dieses Antrags. Alternativ erhalten Sie diese Informationen auch von unserem behördlichen Datenschutzbeauftragten, den Sie unter Landratsamt Freising datenschutz-lra@kreis-fs.de erreichen können. Zur Prüfung Ihrer Wohnsitzangaben erfolgt ein automatisierter Datenaustausch mit der Meldebehörde.

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers



Landratsamt Freising



- Straßenverkehrsordnung -

Informationsblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten (Art. 12 und 13 DSGVO)

Verfahren: ALVA 9, VEMAGS

Verarbeitungstätigkeit: Führen eines Registers mit allen relevanten Daten

1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Landratsamt Freising, Landshuter Str. 31, 85356 Freising

Tel.: 08161/600-0

Mail: poststelle@kreis-fs.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Hans Schönhofer

Landratsamt Freising, Landshuter Str. 31, 85356 Freising

Tel.: 08161/600-260

Mail: datenschutz-lra@kreis-fs.de

3. Zweck und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Ihre Daten werden zu folgendem Zweck erhoben:

Elektronische Unterstützung des Parteiverkehrs und der damit verbundenen Maßnahmenbearbeitung, insbesondere:

- Ihre persönliche Zuverlässigkeit bei anderen Behörden prüfen zu können
- den Erlaubnisbescheid zu erstellen
- bei Anfragen anderer Behörden bezüglich Ihrer Zuverlässigkeit Auskunft erteilen zu können
- ggf. Kontakt mit Ihnen aufnehmen zu können

Die Rechtsgrundlage, auf der Ihre Daten erhoben werden, ist:

Art. 6 Datenschutz-Grundverordnung DSGVO

Anordnungen nach §§ 44,45 StVO

Schwertransporte § 29 Abs.3 StVO

Ausnahmegenehmigung § 70 StVZO

Veranstaltungen § 29 Abs. 2 StVO

Sonn- und Feiertag und Ferienreisezeitverordnung § 30 Abs. 3 StVO

Abschleppgenehmigung § 33 Abs. 1 u 2 StVO

Parken auf öffentlichen Straßen §§ 44 u 45 StVO

Liegendbeförderung, Rollstuhlbeförderung § 46 Abs.1 Nr.5a i.V.m. §§ 21, 21a StVO

Sonderausweise für Handwerker und soziale Dienste § 46 Abs. 1 StVO

Fahrerlaubnisse für gesperrte Forst- und Uferwege § 46 Abs. 1 StVO

Verkehrsrechtliche Anordnungen für Treib- und Drückjagd § 45 StVO

Lautsprecher § 33 Abs. 1 StVO

private Hinweisschilder und Verkehrseinrichtungen (Werbeanlagen) § 33 Abs. 1 StVO

Drehgenehmigungen §29 Abs. 2 StVO

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden weitergegeben an:

- andere Behörden (z.B. IHK, Polizei)
- andere Ämter innerhalb der datenverarbeitenden Stelle
- ggf. an Dritte zu Vollstreckungszwecken

5. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Es findet keine Übermittlung an Drittländer statt.

6. Vorgesehene Fristen für die Löschung der verschiedenen Datenkategorien Ihre Daten werden in dem Verfahren mit folgenden Fristen gelöscht:

Ihre Daten werden nach der Erhebung 10 Jahre gespeichert.

7. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen die Rechte aus Art. 15-18,20,21 zu:

- Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten, Recht auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch gegen die Verarbeitung, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen dafür vorliegen,
- Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz,
- Recht auf Datenübertragbarkeit, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen dafür vorliegen.

8. Widerrufsrecht bei Einwilligung

Wenn Sie in die Datenerhebung durch den Verantwortlichen (siehe 1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen) durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen.

9. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Sie sind dazu verpflichtet, Ihre Daten anzugeben. Diese Verpflichtung ergibt sich aus:

Art. 6 Datenschutz-Grundverordnung DSGVO

Anordnungen nach §§ 44,45 StVO

Schwertransporte § 29 Abs.3 StVO

Ausnahmegenehmigung § 70 StVZO

Veranstaltungen § 29 Abs. 2 StVO

Sonn - und Feiertag und Ferienreisezeitverordnung § 30 Abs. 3 StVO

Abschleppgenehmigung § 33 Abs. 1 u 2 StVO

Parken auf öffentlichen Straßen §§ 44 u 45 StVO

Liegendbeförderung, Rollstuhlbeförderung § 46 Abs.1 Nr.5a i.V.m. §§ 21, 21a StVO

Sonderausweise für Handwerker und soziale Dienste § 46 Abs. 1 StVO

Fahrerlaubnisse für gesperrte Forst- und Uferwege § 46 Abs. 1 StVO

Verkehrsrechtliche Anordnungen für Treib- und Drückjagd § 45 StVO

Lautsprecher § 33 Abs. 1 StVO

private Hinweisschilder und Verkehrseinrichtungen (Werbeanlagen) § 33 Abs. 1 StVO

Drehgenehmigungen §29 Abs. 2 StVO